

Correspondent.

Wöchentliche Gratzbeilage... 4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.

Wöchentliche Gratzbeilage... 4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.

Wöchentliche Gratzbeilage... 4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.

Nr. 68.

Freitag den 20. März 1908.

34. Jahrg

Abonnements-Einladung.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere auswärtigen Leser, das Abonnement auf den „Merseburger Correspondent“ zu erneuern...

Inserate

Anden bei der ständig wachsenden Auflage unseres Blattes wird eine erfolgreiche Verbreitung und gewähren wir bei dreimaliger Aufnahme ein und dasselbe Inserat

16% Rabatt. Hochachtungsvoll

Geschäftsstelle des Merseburger Correspondenten.

Zur Beurteilung der Blockpolitik.

Liegen einige recht beachtenswerte Presstimmen vor. Das führende Parteiorgan der bairischen Nationalliberalen, die „Bairische Landeszeitung“, schreibt, nach Norddeutschland gehandt: „Der Geist, in dem Preußen regiert wird, regiert auch im Reich. Das ist eine Tatsache, die wir im Süden mitunter weniger angenehm empfinden mögen, namentlich, so lange dieser Geist dem unsren, mehr demokratisch veranlagten, so ganz entgegensteht. Aber wir können diese Tatsache an sich weder bekämpfen, noch mit Recht beklagen. Eine Volksvertretung, so meinte das biederer preussische Bürgerum einst beim Erlaß der Verfassung, hätte es nun. Ein Junkerkongress ist in der Praxis daraus geworden. Und die Macht der Junker ist, auch der Krone gegenüber, gegen früher eher noch gewachsen. Die preussische Wahlrechtsfrage ist dabei, eine gesamte deutsche Lebensfrage zu werden. Die Reichspolitik gerät immer mehr ins Stocken. Der preussische Ministerpräsident Fürst Bismarck ist auf sein Junkerparlament angewiesen. Der Reichskanzler Fürst Bismarck soll mit Gegenständen der konfessionsliberalen Baarung wirtschaften. Das kann natürlich nur zu der Verzagungs-Politik führen, die wir jetzt erleben. Nichts geschieht. Die Gesetzgebungsmaschine läuft immer langsamer. Das politische Blut im Volkskörper dickt immer mehr ein. Wo aber ist das nationale und liberale Bürgerium, das die Gefahr erkennt? Dann wendet sich das Blatt mit freimütigen Vorwürfen gegen die „überwiegende Mehrheit der Bildungsschicht“ und zeigt ihr Friedrich Naumann als glänzendes Vorbild eines auf der Höhe der modernen Geisteskultur stehenden und doch zugleich durchaus politischen Deutschen. Das „Hamburger Fremdenblatt“, ein der freimütigen Volkspartei nachstehendes Organ, schreibt sehr pessimistisch über die gegenwärtige Lage und den Block: „Der Liberalismus darf“, so schreibt das Blatt mit Recht, „keine Verflechtung der politischen Zustände zur Täuschung und Zerrfärbung der Massen zulassen.“ Die Rede der preussischen Landtagsabgeordneten verleihe ein unsicheres Laichen, das schließlich in die „Jollierung“ oder „Einschränkung“ ausläuft. Blinde Vertrauensseligkeit gehöre nicht zu den Eigen-

schaften, die bei den demokratischen Massen Vertrauen zu erwecken und zu erhalten geeignet sind. Der beachtenswerte Artikel schließt wie folgt: „Auch wir sind der Blockpolitik des Fürsten Bismarck willig und vertrauensvoll ergeben gewesen, weil wir eine Zusammenfassung der Parteien der neuzeitlichen Kultur gegen den Ansturm des kulturfeindlichen sterilen Romanismus und die Abwehr des das Gefüge des bürgerlichen Gesellschafts und Staatswesens unterminierenden Sozialismus als eine kulturelle Notwendigkeit errieten. Aber die Voraussetzung war und ist, daß der führende Kanzler auch die Macht hat, die reaktionären Geister in der Junkerpartei zu meistern. Erfüllt sich diese Voraussetzung nicht, dann härtet das Festhalten am Block im Gegensatz zu seinem Grundgedanken nur den Einfluß von Zentrum und Sozialdemokratie im Volke. Dann los vom Block, wenn Fürst Bismarck nicht den Einfluß besitzt, die Konventionen zu neuen Zreden zu leiten.“ Solche einschlägigen Stimmen aus Nord und Süd zeigen deutlich die Stimmung der Unzufriedenheit, die in weiten Volksteilen herrscht.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1907

ist dem Reichstage zugegangen. Wir entnehmen ihm, daß in dem genannten Jahre über 20,7 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren, wozu noch die bei den 14 Versicherungsanstalten der Baugewerksberufsgenossenschaft, der Tiefbau- und Seeverversicherungsgesellschaft Vericherten kommen. Die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug 663 053, die der erstmalig einschlägigen Unfälle 144 410. Die verausgabten Entschädigungen betrugen 150 769 595 M. gegen 142 436 864 M. im Vorjahre. Infolge der wachsenden Klagen der Land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer hat das Reichsamt des Innern Beamte damit beauftragt, die Berechtigung der Klagen nachzuprüfen, die Ursachen der Steigerung der Rentenlast und einige dabei beobachtete Erscheinungen zu erforschen und Mittel zur Abhilfe zu suchen. Das Ergebnis der Erhebungen war, daß es in zahlreichen Fällen an der für die zureichende Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit erforderlichen Aufklärung der medizinischen und sonstigen Verhältnisse gefehlt hat, daß insbesondere bei der Kontrolle der laufenden Renten vielfach bessere Veranlassungen getroffen werden sollten als bisher. Es ist nach den Erhebungen wahrscheinlich, daß die Rentenlast wegen der Unzulänglichkeit der Ermittlungen in vielen Fällen nicht unwesentlich höher ist, als sie sein würde, wenn die vorgeschriebenen Mängel beseitigt oder nach Möglichkeit gemindert wären. Die Zahl der Rentenbewilligungen im Jahre 1907 betrug 134 563, so daß im ganzen vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1907 2 053 942 Rentenansprüche bewilligt worden sind, darunter 1 561 021 Invalidenrenten, 78 527 Krankenrenten und 459 394 Altersrenten. Die Zahl der bewilligten Krankenrenten hat beständig zugenommen. In der Zahl der Invalidenrenten ist seit dem Jahre 1904 ein erheblicher Rückgang eingetreten; bereits im Jahre 1905 wurden wieder weniger Invalidenrenten als im Jahre 1900 bewilligt; indessen scheint diese rückläufige Bewegung im Jahre 1906 ihren tiefsten Punkt erreicht zu haben. Die Entschädigungen bis zum Beginn des Berichtsjahres, also in den ersten 16 Jahren des Bestehens der Invalidenversicherung, betragen im ganzen 1 328 209 070 M., wozu dann im Jahre 1907 an Entschädigungen aus der Invalidenversicherung etwa 172 Millionen M. kommen. Die Einnahme aus den Beiträgen in diesem Jahre ist auf 178 Millionen zu schätzen. Das Vermögen der Versicherungsträger wird bis Ende 1907 auf etwa 1 398 Millionen Mark angewachsen sein.

Die Wirren in Haiti.

In einem offiziellen Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ vom Dienstag heißt es: Bisher ist hierüber nichts

davon berichtet worden, daß sich viele Flüchtlinge in der deutschen Gesandtschaft eingefunden hätten. Durch das Vorgehen der haitianischen Behörden erscheinen aber deutsche Geschäftshäuser in Port au Prince bedroht zu sein, und außerdem gibt es in Haiti deutsche Konsularbediensteten, zu denen vieleicht Flüchtlinge ihre Zuflucht genommen haben. Ein bedingungsloses Asylrecht wird natürlich von den fremden Vertretern gar nicht in Anspruch genommen. Andererseits kann den haitianischen Behörden nicht das Recht zugestanden werden, mit Gewalt Leute aus den Konsulargrundstücken herauszubolen. Was jetzt ist von haitianischer Seite nicht behauptet worden, daß es sich um Flüchtlinge handle, gegen die ein gesetzliches richterliches Verfahren schwebt. Von der Einleitung eines solchen Verfahrens ist auch bisher nichts bekannt geworden. Im übrigen scheinen die Haitier im Hinblick auf die erwarnten fremden Kriegsschiffe schon einlenken zu wollen. Der deutsche Kreuzer „Bremen“ wird auch den Besuch der Franzosen übernehmen für den Fall, daß bei seiner Ankunft das französische Kriegsschiff „d'Espère“ noch nicht eingetroffen ist.

Aus Washington wird vom Dienstag gemeldet: Die Lage in Haiti ist nach der offiziellen Angabe des Staatsdepartements entschieden unerfreulich, als dies seit der Revolution der Fall war. Die haitianische Regierung weigert sich jetzt, den Flüchtlingen in den fremden Gesandtschaften zu gestatten, das Land zu verlassen. Der amerikanische Kreuzer „Des Moines“ und das Kanonenboot „Eagle“ wurden sogleich nach Port au Prince entsendet mit der Befehlung, die amerikanischen Interessen zu schützen. Der englische Kreuzer „Indefatigable“ ist am Montag, der deutsche Kreuzer „Bremen“ Dienstag früh in Port-au-Prince angekommen. Man glaubt, daß für das Leben der Ausländer keine Gefahr besteht. Am Dienstag herrschte Ruhe. Der „Indefatigable“ kündigt seine Ankunft durch drei Kanonenschüsse an, was eine kleine Panik hervorrief. Doch beruhigte man sich bald, als die Ursache der Schüsse bekannt wurde.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet aus Port-au-Prince vom Dienstag: Die Vertreter der fremden Mächte hielten eine Besprechung ab und beschloßen, daß, falls nicht alsbald eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten zu erhoffen sei, dem Präsidenten Alexis ein Ultimatum überreicht werden solle, in welchem seine Abdankung und die Einsetzung einer provisorischen Regierung verlangt würde. Sie wollen ferner die Auslieferung sofortiger Wahlen fordern und weitere Hinrichtungen verbieten. Am Mittwoch wurde berichtet, daß eine Bekanntmachung der Regierung den Flüchtlingen gestattet, sich auf die Kriegsschiffe zu begeben. Präsident Alexis verstärkte die Garnison des Forts zu Port-au-Prince. Es wird erklärt, daß er bereit sei, Demonstrationen auswärtiger Mächte trotz zu bieten. Wenn neue Unruhen drohen, soll eine Rakete aus der deutschen Gesandtschaft den Kreuzern „Bremen“ und „Indefatigable“ das Zeichen zur Landung von Mannschaften geben.

Politische Uebersicht.

Aus Rom wird amilisch gemeldet: Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser und die Deutsche Kaiserin mit dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Victoria Luise werden am 25. d. M. 11 Uhr 35 Minuten vormittags in Venedig ankommen und auf dem Bahnhofe vom König Victor Emanuel empfangen werden. Darauf findet ein Frühstück im königlichen Palais statt. Nach dem Frühstück begeben sich die deutschen Majestäten, die beabsichtigen, zwei Tage in strengem Intognito in Venedig zu bleiben, an Bord der „Goltenjoldern“. Der König von Italien, der in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Tittoni am 25. d. M. früh in Venedig eintrafen wird, fährt am Abend



broßßen Tages wieder nach Rom zurück. Den Kaiser wird der Gesandte Febr. v. Zentich als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleiten.

**Oesterreich-Ungarn.** Das Befinden des Kaisers von Oesterreich ist, laut amtlicher Meldung, abgesehen von dem Schnupfen, der übrigens schon in Lösung begriffen ist, ansonsten sehr gut. Die Nacht zum Mittwoch verbrachte der Kaiser in der geführten Ruhe und arbeitete morgens zur gewöhnlichen Stunde. In der Lebensweise und der Tageseinteilung ist keine Veränderung eingetreten.

**Frankreich.** Bei der Ausführung des französischen Trennungsgesetzes kommt es hier und da in besonders frommen Gegenden noch immer zu Tumulten. So wird vom Dienstag aus Annecy (Dep. Haute Savoie) gemeldet: Bei der Ausweisung des Pfarrers von Villard sur Ibonnes durch eine Genarmenabteilung wurden fünf Verhaftungen wegen Beleidigung der Genarmen vorgenommen. Als die Genarmen ihre Gefangenen abführen wollten, wurden die Sturmglöcker geläutet, und die Menge griff die Genarmen mit Steinen und Steinen an. Der Führer der Abteilung und sechs Genarmen wurden verletzt. Dreiundzwanzig weitere Personen wurden verhaftet.

**Rußland.** Wie der Zar die Konstitution auctoriert. Ehemalig demnach in Verlage von R. Pieper u. Co. in München erscheinende Werk: Der Zar und die Revolution von Nerezhitskoy, entnehmen wir einen Auspruch des russischen Kaisers, durch welchen illustriert wird, wie wenig der Zar über das eigentliche Wesen eines konstitutionellen Staates seitens seiner Umgebung informiert wird. Der Zar äußerte nämlich gelegentlich einer Debatte mit seinen Ministern, die Gewährung einer Volksvertretung betreffend: „Ich habe gegen eine Konstitution ja gar nichts einzuwenden, wenn nur nicht durch eine solche der Absolutismus berührt oder gar beschränkt wird.“ — Wegen des ersten Kapitels, in welchem dieser Auspruch des Zaren mit enthalten ist, und welches interessante Besenfolge gewisser russischer Nachbaber, die allerdings zum Teil schon vorhanden sind, fähig ist, das Buch in Russland von der Zensur verboten worden. — Aus Petersburg wird berichtet: Mittwoch morgen fand hier ein Duell statt zwischen den Generalen Fock und Smyrnov. Beide waren Angeklagte im Pori Arthur-Prozess. General Smyrnov erlitt eine schwere Verwundung. Die Veranlassung zu diesem Kampfe hat die Art und Weise gegeben, wie die beiden Generale einander in ihren Prozeßsagen herumermochten.

**England.** Der Parlaments Sekretär des Handelsamts, Kealey, empfing am Dienstag im Auftrage des Handelsministers Lloyd George eine Deputation von verschiedenen industriellen Körperschaften von Sheffield, welche ihm auseinandersetzten, daß ausländische Industrie nach England importiert würden, wo sie einen Stempel erhalten, der sie als britischen Ursprungs kennzeichnet und dann wieder exportiert würden nach neutralen Ländern, zum Schaden der britischen Industrie, und bringen das, daß alle von auswärts eingeführten Waren als nicht britischen Ursprungs gekennzeichnet werden sollten. Kealey sagte, Lloyd George werde weißlos in Erwägung ziehen, ob es durchführbar sei, das gegenwärtig geltende Gesetz so zu gestalten, daß die anfängliche Industrie geschützt werde.

**Norwegen.** Das neue norwegische Ministerium ist aus folgenden Männern zusammengesetzt: Gunner Kaufden, Generalkonsul Corstorphien, Schuldirektor Karl Eiby, Telegraphen direktor Helvig, Ingenieur Jölen, Landrichter Galtberg und Abrahamson und Hofbesitzer Fosnäs. Von den neuen Ministern gehören die Störmingsmitglieder Kaufden, Jölen, Galtberg und Abrahamson zur radikalen Partei. Die Verteilung der Departements ist noch nicht erfolgt.

**Spanien.** Der König von Spanien ist am Dienstag abend mit Erfolge von Madrid im Automobil in Toledo eingetroffen. Das Automobil, in dem der Generalkonsul und ein Flügeladjutant saßen, fuhr bis zur Einfahrt in die Stadt um. Vier Insassen erlitten leichte Verletzungen.

**Türkei.** Zur Balkanbahnfrage wird aus Konstantinopel gemeldet: Am Montag haben die französischen und am Dienstag die russische und italienische Botschaft durch kurze gleichlautende Noten das Verlangen ausgesprochen, betreffend die Donau-Asien-Bahn unterstellt. In der Note heißt es, daß nach dem die serbische Regierung diesen Schritt gemacht habe, der Hofe empfohlen werde, dieses Ansuchen, dessen Bewilligung Europa vom ökonomischen und Verkehrsstandpunkte aus große Dienste leisten würde, in ernster Erwägung zu ziehen. — Wie einen Genennung eines Nachfolgers des Generals Dignorgis hat die Hofe am Dienstag ein telegraphisches Schreiben nach Rom geteilt.

**Moroko.** Aus Marokko wird gemeldet, daß das Königreich für die von Klübern gefangen gehaltenen

Europäer Baret und Bianchi bei der Lokalbahn in Casablanca hinterlegt worden ist. Die Gefangenen werden am 19. März in Casablanca eintreffen.

**Australien.** Der Premierminister des australischen Bundesstaats, Deakin, führte in einer über die Landesverteidigung zu Sydney gehaltenen Rede aus, daß Australien jedem Angriff schutzlos preisgegeben wäre, wenn nicht die Suprematie der englischen Flotte vorhanden wäre. Die Bewohner Australiens müßten einsehen, daß sie nicht erwarten könnten, den Schutz dieser Flotte zu genießen, ohne zu ihren Kosten beizutragen. Australien könne gute Seeleute liefern, brauche aber Schiffe. Der Minister stellte demgemäß den Vorschlag, 430 000 Pfund Sterling jährlich zur Instandhaltung eines Kriegshafens und zur Küstenverteidigung zu bewilligen, ferner 230 000 Pfund zum Bau einer Heimausflotte und erbatte einen Bericht über die Vermehrung der Ausgaben, die durch das neue Landesverteidigungsgesetz veranlaßt sei. Er erklärte weiter, daß Australien in Zukunft 200 000 Mann ausgebildete Truppen und eine Flotte von fünfzehn Schiffen für die Hafen- und Küstenverteidigung besitzen würde. (Beifall.) Zum Schluß forderte Deakin die Anwesenden zu einem dreimaligen Hurra für die Sydney anlaufende amerikanische Flotte auf.

**Ägypten.** Von Beduinen ermordet wurde, wie aus Kairo berichtet wird, ein Ungarländer namens Hulbert in der Provinz Behera infolge von Differenzen wegen der Weideweiden.

**Nordamerika.** Admiral Evans wird, wie amtlich mitgeteilt wird, auf sein persönliches Ansuchen bei der Ankunft in San Francisco aus Gesundheitsrücksichten von dem Kommando über die amerikanische Kriegesflotte entbunden werden. Der Marineminister machte bekannt, daß als Nachfolger des Admirals Evans Konteradmiral Sperry die amerikanische Schlachtsflotte zurückzuführen werde.

## Deutschland.

Berlin, 19. März. Der Kaiser wohnte am Dienstag abend einem Diner bei dem österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szegonyi-Marich bei. Die Kaiserin, die ebenfalls zugezogen hatte, war wegen ihrer Ermüdung am Erscheinern verhindert. Am Mittwoch vormittag konferierte der Kaiser mit dem Reichskanzler und hörte dann im königlichen Schlosse den Vortrag des Geheimes des Zivilabteiles. — (Reichskanzler Fürst v. Bülow) empfing am Dienstag den Bürgermeister von Bremen Dr. Marcus.

(Personalien.) Vize-Admiral Bobrig, Direktor des Referatsdepartements des Reichsmarineamts, ist der Marineinfanterie der Diffe zugeteilt; an seine Stelle ist Vize-Admiral Breusing, bisher Oberverwaltungsreferent der West- zu Wilhelmshaven getreten, während Kapitän J. S. Zimmermann vom Reichsmarineamt mit Wahrnehmung der Geschäfte des Oberverwaltungsreferents der West- zu Wilhelmshaven beauftragt ist.

(Es gibt noch gute Menschen!) In Dareschalam hat sich ein Komitee gebildet zur Gründung eines Dr. Karl Peters-Denkmals, zu dem am nächsten Geburtstag Peters, am 27. September, der Grundstein gelegt werden soll. — Wir möchten vorschlagen, an dem Sockel des Denkmals die Figuren des Rabruf und der Jagodja, natürlich vollständig ausgehauen, sowie die Abbildungen eines Galgen und einer Räderpeitsche anzubringen.

(Aus den Kolonien.) Vize-Admiral auf der Eisenbahnlinie David-Großfontein ist, nach telegraphischer Meldung des Gouvernements von Deutsch-Südwestafrika, die Eröffnung des Verkehrs am 13. d. Mts. erfolgt. — Die Südfameruner Firmen hatten am Montag mit Staatssekretär Dernburg im Reichskolonialamt zu Berlin eine Besprechung, wobei unter anderem die Bahnbauten erörtert wurden.

## Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 18. März.) Der Reichstag hielt am Mittwoch die Beratung des Kolonialgesetzes fort. Erster Redner war Staatssekretär Dernburg, der auf die Ausführungen des gestrigen Redner kurz erwiderte. Auf dem Gebiet der Eingeborenenpolitik hielt er es für schwierig, eine für alle Schutzgebiete zutreffende Formel zu finden. Auch er erklärte sich gegen den Schnabstheil in den Kolonien und sprach die Vermittlung der Regierung an, an dessen Befähigung mitzuwirken. Dagegen hinderten internationale Abmachungen an einem direkten Schnabstheilverbot. Der Sozialdemokrat Ledebauer brachte den bekannten, rein negierenden Standpunkt zur Geltung und hobte zum Schluß unter Bezugnahme auf den 18. März die Freilassung, indem er von dem „Anfall“ beim Vereingefetz sprach. Der Reichsminister v. Schöner, der dann in der Kommission den Staatssekretär entgegengetreten war, verlangte auch jetzt wieder einen wesentlichen höheren Rang der Regierung zur Arbeit und erklärte, daß seiner Partei die Hauptrolle nicht weit genug gebe. Für die Freilassung sprach Dr. Wemer sein Einverständnis mit dem Kolonialprogramm des Staatssekretärs an. Seine Partei habe die Kolonialpolitik nie grundsätzlich bestritten, sondern nur die falschen Systeme.

jezt ein anderes werde, so falle der Grund der Befähigung fort. Staatssekretär Dernburg versprach in einer zweiten Rede, der lautmächtigsten Zustimmung der Kolonialbeamten sein Interesse zuzuwenden. Der Antikolonialist Göttemann spielte den „Benommen“ Schöppel gegen den Abg. Ledebauer aus, und sprach im Sinne des Abg. v. Lieber. Auch der Abg. Schröder von der Freilassung Vereingefetz gab seiner Genehmigung über das Kolonialprogramm Dernburgs Ausdruck. — Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 18. März.) Das Abgeordnetenhaus hielt am Mittwoch die dritte Beratung beim Etat des Ministeriums des Innern fort. Abg. Rosenow (Frei. Vpt.) gedachte des 18. März 1848, an dem das Volk für die Konstitution gekämpft habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es diesmal nicht wieder, wie vor 60 Jahren, zum Blutvergießen kommen werde. Weiter führte er Bemerkungen darüber, daß die Vereingefetz zur Annahme der Vereingefetz an Gemeinden und Korporationen ist an der Vereingefetz Bedingungen geknüpft werde. Abg. Fittler (Frei. Vpt.) trat den Ausführungen des Abg. Duestel bei der zweiten Lesung des Etats über die Vorschläge bei einer Forderung Vereingefetz im Kreise Geraberg entgegen. Die Abg. Knebel (H.) und Daub (kon.) polemisierten heftig gegen den Abg. Dr. Müller-Sagan. „Sowie auch gegen den Abg. Fittler“, wozu sich die Debatte über die Vereingefetz geschlossen wurde, nur im Rahmen der persönlichen Vereingefetz erwidern konnten. Beim Etat der Eisenbahnverwaltung debatierte Abg. Edlhoff (Frei. Vpt.) die Vereingefetz eines Diplomat-Jungens, der bei der Eisenbahnverwaltung am Gelegenheit zu weiterer Ausbildung nachgehört hatte. Minister Verlenbach erwiderte, daß in der Eisenbahnverwaltung keine geeignete Gelegenheit zur Ausbildung für das sonstige praktische Leben vorhanden sei. Abg. Dr. Müller-Sagan (Frei. Vpt.) verlangte schärfere Vereingefetz des geistlichen Altonaerübergangs an der Wilhelmstraße in Groß-Altensfelde-Ost und wachte sich dann gegen die Vereingefetz des Automobilports, dem gegenüber die Vereingefetz alle beide Angen zuzumachen, weil sie fährlich, oben fährlich angesehen zu werden. Abg. Dr. Müller erwiderte, daß die Vereingefetz der bestehenden Vereingefetz den Automobilisten gegenüber zur Durchföhrung zu dringen. Eine Rede Ernst wurde nach unübersehbarer Debatte erwidert. — Am Donnerstag wird die Vereingefetz fortgesetzt.

In der Budgetkommission des Reichstages sprach sich am Dienstag Unterstaatssekretär Ewele für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Schapanweisungskredite aus. Die Kommission nahm darauf den von dem Referenten Sprack gestellten Antrag, diesen Kredit von 350 auf 475 Millionen zu erhöhen, an. — Dem Reichstage ist eine Resolution Treuenfels und Benjens zugegangen, der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Etat für 1909 eine Summe anzufordern zur Erziehung eines Denkmals in der Reichshauptstadt für die in Südwestafrika gefallenen Offiziere und Mannschaften.

Seitens aller Parteien des Abgeordnetenhauses ist folgender Antrag gestellt worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die sämtlichen in dieser Session bisher eingegangenen Petitionen von Beamten, Geschäftlichen und Bedienen von Rangverhältnissen, soweit sie noch nicht durch Plenarbeschlüsse erledigt sind, der königlichen Staatsregierung zur Vereingefetz zu überweisen.“

Zur Regelung des Konferenzenhandels und Vereingefetz von Riffstählen auf dem Gebiete der Konferenzenberückelung hatten einige große Gewerbetreibenden in einer an den Reichstag gerichteten Petition Vorschläge gemacht. Sie stellen folgende Anträge: „Die Konferenzenhütten müssen beim Verlassen der Fabrik die Vereingefetz des Fabrikanten, des Herstellungsortes, der Qualität und des Füllungsjahres tragen. Die Angabe des Füllungsjahres muß mittels Einkennens in die Büchse angebracht sein, die übrigen Angaben können durch Aufkleben auf die Büchsen kenntlich gemacht werden.“ Die Petitionskommission des Reichstages hat beschlossen, den Reichstages zu empfehlen, diese Petition dem Reichskanzler zur Vereingefetz zu überweisen.

Zwischen der Regierung und den beiden Fügeln des sogenannten „Blocs“ ist folgende Fassung des Sprachenparagrafen im Vereingefetz (§ 7) in Vorschlag gebracht worden: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Die Vorschrist trifft nicht zu auf internationale Kongresse und Wählerversammlungen nach Bekanntmachung des Wahltermins. Die Zulässigkeit weiterer Einnahmen soll die Landesgesetzgebung regeln. Jedoch soll in den Landesstellen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens des Vereingefetzes alle eingeseffene Bevölkerungsteile in nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsteile nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung 60 Prozent der Gesamteinwohnerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach Inkrafttreten des Vereingefetzes der Muttersprache der nichtdeutschen Sprache gestattet sein, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens 72 Stunden vorher der Polizei davon Kenntnis gemacht hat.“ — Der Kommission für den Vereingefetz gehören z. Zt. von den freimüßigen Parteien an die Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen, Träger, Schröder und v. Payer.

Die am Dienstag erfolgte namentliche Vereingefetz im Reichstage über den Zentrumsvertrag



Bezüglich der Unterführung der Kriegsteilnehmer wird von den unbedingten Bekleidungsbedürfnissen wieder einmal als ein „Erfolg der Wohltätigkeit“ hingewiesen. Aber nicht nur auf der Zentrumsseite werden, die gegen den Antrag stimmten, also auch den Freikämpfern, daraus einen Strich zu ziehen, als ob sie ein minderes Interesse an dem Geschick der Invaliden hätten. Das eine wie das andere ist juristisch unzulässig. Die Entscheidung der Freikämpfer wenigstens ist aus rein in der Sache liegenden Gründen heraus erfolgt und ihr lebhaftes Interesse für das Wohlergehen der Kriegsinvaliden wird dadurch nicht im geringsten tangiert. Der Antrag des Zentrums lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: im Titel 8 nach dem ersten Absatz des Dispositivs einzufügen: Als hälftbedürftig gelten Kriegsteilnehmer, deren steuerbares Einkommen nach den landesrechtlichen Bestimmungen über die allgemeine Einkommensteuer nicht mehr als 900 Mark beträgt. In Bundesstaaten, die keine allgemeine Einkommensteuer haben, sei die Landesregierung den entsprechenden Betrag des steuerbaren Einkommens oder Vermögens fest.“

Der Antrag sieht natürlich sehr schön aus. Aber es ist finanziell einseitig und unmöglich, in das Dispositiv des Etats eine Bestimmung einzufügen, die den bisherigen gesetzlichen Zustand über den Haufen wirft. Auch die finanzielle Tragweite des Antrags wird gar nicht berechnet und isternmäßig im Antrag eingeschleift. Der Antrag war ein Äquationsmittel, aber in dieser Form einfach nicht annehmbar. Seine Ablehnung hat weder mit dem Tod etwas zu tun, noch beweist sie etwas gegen die vom Zentrum heraus betonte Sympathie für die Invaliden.

### Volkswirtschaftliches.

„Die Geld-, Bank- und Kredit Enquete“, die von der Reichsregierung geplant ist, wird nach der „Frankfurter Zeitung“ bald nach Ostern voraussichtlich in den ersten Tagen des Mai, einberufen werden. Die Sitzungen werden im Gebäude der Reichsbank stattfinden, und zwar unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Havenstein. Die Sachverständigen werden aus Persönlichkeiten des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft, aus Vertretern der Bankwelt, Mitgliedern der Parlamente und Universitätslehrern ausgewählt. Ueber die Dauer der Verhandlungen läßt sich Genaues noch nicht sagen; indes ist wohl anzunehmen, daß sich die Sitzungen durch einige Monate hinziehen werden, vermutlich mit einer Unterbrechung während der Herbsttage.

Die Antimilitaristen ist nach einer Verhörung des Finanzministers vom 2. März 1908 nicht zu entscheiden für Sanitionen von Aufsichtsräten ausländischer Gesellschaften, selbst wenn diese im Inlande eine Zweigniederlassung haben.

Daß die neu eingerichteten Druckverordnungen stellen der Reichspost die Interessen der Geschäftswelt durch die verhässliche Abwendung der sogenannten nichtzeitlichen Drucksachen sehr schädigen, geht aus einer Zuschrift an die „Köln. Ztg.“ hervor, in der es heißt: „In den letzten beiden Jahren 1906 und 1907 erhielt ich die für Weihnachtseinkäufe bestimmten, in Berlin zwischen dem 14. und 18. Dezember ausgelieferten Drucksachen erst am 26. Dezember. Die für die Drucksachen gemachten Aufwendungen waren daher zwecklos gemacht worden. Spätere Drucksachen, Jahresberichte von Aktiengesellschaften, welche

gleichzeitig die Einladung zur Generalversammlung einleiteten, gingen mir, obwohl sie 14 Tage vor Anberaumung der Versammlung zur Auslieferung gekommen waren, erst nach der Sitzung zu. Bewundern gegen diese Verschleppung haben keinen Erfolg gehabt.“

Zu dem Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung, in dem über Lohnbücher, Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen, Kontrolle der Heimarbeiter ufw. Vorschriften getroffen werden, hat sich der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine in einer umfangreichen Eingabe an den Reichstag gemeldet. Der Zentralausschuß stellt sich im allgemeinen auf den Boden der Gewerbeordnungs-Novelle, wünscht aber Berücksichtigung einer Reihe von Ergänzungen und Abänderungen seiner Vorschläge. So sollen die Arbeitgeber nicht gezwungen werden können, das bei der Kündigung eines Arbeiters auszufüllende Zeugnis auch auf Führung und Leistung des Arbeiters auszubilden. Diese Punkte sollen erst bei dem Abgange berücksichtigt werden während das erste Zeugnis nur über die Art und Dauer der Beschäftigung Auskunft zu geben braucht. Andere Beanstandungen betreffen die Vorschriften über die Einführung der Lohnbücher und Arbeiterzeitel; diese sollen nur nach Anhörung der Interessenten vom Bundesrat angeordnet werden können. Schwere Besenken äußert die Eingabe sodann gegen die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf Mädchen bis zum 18. Jahre. Dafür wird der obligatorische Fortbildungunterricht bis zum 16. Jahre beantragt. Betreffs der Arbeitszeit der Arbeiterinnen wird es entschieden vorzuziehen, daß die Polizeibehörden zum Maß von Vorschriften berechtigt sein sollen. Ueber die Regelung der Arbeitszeit soll vielmehr der Bundesrat nach Anhörung der Interessenten für das ganze Reichsgebiet geltende Verordnungen treffen. Mit dem selbständigen Maximalarbeitszeitgesetz für weibliche Arbeiter ist der Zentralausschuß insofern einverstanden, daß dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben werden soll, die auf 60 Stunden in der Woche zu bemessende Arbeitszeit auf die einzelnen Tage freier zu verteilen. Eine Regelung der Hausarbeit billigt die Eingabe prinzipiell, doch wird auch hier gewünscht, daß gewisse Bestimmungen nur nach Anhörung der Interessenten getroffen werden können. Ebenso soll das eventuelle Verbot der Hausarbeit nicht der Landeszentralbehörde, oder den zuständigen Polizeibehörden überlassen sein, sondern dem Bundesrat.

### Gerichtsverhandlungen.

I. Halle, 17. März. (Strafkammer.) Am Oktober 1904 gründeten der Schriftfeger B. der Schlosser N. und der Glenshobler Th in Merseburg gemeinsam mit anderen einen „Neuen Konsumverein“. Im Dezember 1904 wurde der Verein als Genossenschaft m. B. eingetragen. Sein Zweck sollte sein: „Ankauf von Waren für die Mitglieder im Großen und Kleinen an Stellen an der Mitglieder.“ B. wurde Geschäftsführer, N. Kassierer und Th. Kontroller. Eine Eröffnungs Bilanz wurde nicht aufgestellt. Als im Juli 1907 über das Vermögen des Kontostverwalters einseitzig wurde, fand sich keine Aufzeichnung vor, aus der sich ersehen ließe, mit welchen Summen die Genossenschaft begründet worden ist. Auch sollen die Bücher nicht ordnungsmäßig geführt worden sein. Die Strafkammer beurteilte den Hauptangeklagten B. antragsgemäß zu 300 Mark Geldstrafe oder zu 60 Tagen Gefängnis. N. und Th. gegen die der Staatsanwalt je 100 Mark Geldstrafe beantragt hatte, wurden zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

### Vermischtes.

\* Das Jubiläum des 18. März) wurde in Berlin weit ruhiger begangen, als man allgemein erwartete

hätte. Der Besuch der Häuser der Märkergassen im Friedrichshagen war sogar schwächer als in anderen Vororten. Erst gegen Mittag steigerte sich der Andrang. In den großen Parkieren fehlten nur verhältnismäßig wenig Leute bei der Arbeit. Das Straßenbild war, selbst in Arbeiter-Stubsteilen unbeeinträchtigt. Daß an einigen Stellen, so z. B. in der Gartenstraße von Sannatzen rote Fahnen an den Zeitungskiosken angebracht worden waren, die von der Feuerwehr heruntergeholt wurden, wurde kaum bemerkt. Das unruhige Wetter mit dem Schneeregen mag nicht zuletzt die Ursache dazu sein. Die von der Polizei getroffenen umfangreichen Vorkehrungen kamen fast gar nicht zur Geltung. Auf den Straßenblößen waren zahlreiche Wachen postiert. Die Zahl der auf dem Friedrichshagen gelegenen Kassen betrug bis gegen Mittag etwa 10. Der Scherz des Polizeikommands, der vor der Ecke neben einem Kriminalkommissar postiert war, verspielte wieder eine ganze Anzahl von Kriminalisten mit Witzworten.

(Schwerer Automobilunfall) Nach Schluß der Dienst-Vorstellung im Volkens-Theater zu Stralitz wollten sich die beiden Direktoren des Theaters und der Schauspieler Witten im Automobil nach Berlin begeben. In der Nähe von Segene stürzte das Fahrzeug die rechte Seite hohe Böschung hinab. Die beiden Direktoren wurden tödlich, Witten wurde leicht verletzt. Alle drei landeten im Sauerer Krankenhaus Aufnahme. Das Automobil ist zertrümmert.

(Die Wiederankunft von Dr. Harden in Berlin) Während das Reichsgericht über die Revision des Maximalarbeitszeitgesetzes noch nicht entschieden hat, sich die Vorbereitungen zu einem anderen Prozeß im Gange. Da es aber auch zu einer Verhandlung in Sachen Euleburg u. d. v. Harden kommen wird, erscheint fraglich. Für Euleburg hatte seinem Straftraum zwei durch die Presse gegangene Verurteilungen Grundes aus dem Schöffengericht prozessumde geltend. Der Reichsanwalt Dr. Jentich ist für zwei verantwortlichen Prozedur die Beschuldigungen dem Beschuldigten Harden zugehen und erkläre im vorläufigen auf Grund des Stenogramm, das er während der Verhandlung hat aufnehmen lassen. Harden lande dieses Stenogramm, dessen Richtigkeit die Stenogramme nichtigstellen werden müssen, an den Reichsanwalt Dr. Jentich mit der Erklärung, die inkriminierten Stellen finden sich darin nicht und seien ihm auch nicht benutzt. Als Harden dann vor etwa 14 Tagen sich von seiner langwierigen Illnessa wieder hergestellt fühlte, galt seine erste Maßnahme einem Besuch des Oberstaatsanwalts Dr. Jentich, den er nach der weiteren Einwirkung der Strafkammer Euleburg oder Harden betrafte. Werde die Gerichtsverhandlung nicht eröffnet, so werde er, Harden, eine Klärung der Affäre dazu zu erlangen, daß er gegen den Fürsten Euleburg eine Anzeige wegen Verleumdung erstatte. Gleichzeitig hat Harden auch gegen den Grafen Wolke neues Material gesammelt; darüber kurzlich ganz abenteuerliche Gerüchte, die nur der Weitergabe nicht wert seien. Einmal würde von der Maj. Staatsanwaltschaft die Verhandlung gegen Euleburg und die Anklage gegen Euleburg und Verleumdung genannt. Bei Eröffnung einer Hauptverhandlung gegen den Fürsten aus einem solchen Grunde, also in dem Falle, daß er sich als „hinterlistig verächtlich“ erweise, würde natürlich ein Verbot gegen Harden zu verhängen sein. Insofern ihm ein Straftraum Euleburg und Wolke liegt. Der Oberstaatsanwalt Dr. Jentich hat vorher schriftlich, inwieweit es auf Grund der Verhandlung eine Beauftragung möglich ist, Erhebungen in der Sache anzustellen müssen, die aber bis jetzt ergebnislos verlaufen sein sollen. Weder gegen Euleburg, noch gegen Wolke läge beim Polizeipräsidium oder an anderer Stelle hinreichendes Bedachtmaterial vor.

### Reklameteil.

Nun bin ich mit meinem Latein am Ende!  
Mein Kater hat sich in Verzweiflung erlöst und alle Mittel wollen nicht helfen. Geschickt hat ich, Tee hat ich getrunken, Bantons gekostet, daß mir ganz elend im Magen wurde - und der Kater ist immer noch da. - So? Haben Sie's denn aber auch mit Feys' dichten Sodener Mineral-Präparaten versucht? Ich lasse Ihnen, die können mit so einem Kater auf, daß es eine Lust ist, und sie schaden nicht etwa dem Magen - sie neutralisieren die überschüssige Säure. Wer Feys' kauft Sodener nimmt, fühlt sich wohl! Zu haben für 86 Pf. die Schachtel in jeder Apotheke, Drogerie und Mineralwasserhandlung. Man wolle aber jedwede Nachahmung ganz entschieden meiden.

### Anzeigen.

In diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

#### Familiennachrichten.

Heute nacht 2 Uhr verschied in der kaiserlichen Klinik zu Halle plötzlich unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die Witwe

#### Henriette Schütze

geb. Schreiber.  
Dies allen Bekannten zur Nachricht.  
Die Beerdigung gehen wir später bekannt.

#### Die trauernden Kinder.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben

#### Hugo

sagen wir allen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.  
Braunsdorf, den 17. März 1908.

#### Die trauernden Familien

#### Selbicke und Zwilling.

#### Dank

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Großvaters sagen allen besten Dank. Herzlichen Dank auch dem Kampfgemeinschafts-Bereits für die gütliche Beteiligung beim Begräbnis und für die gestellte Trauermusik. Innigsten Dank auch dem Herrn Witzgen für seine teilnehmenden Worte und dem hiesigen Beamten für die herrliche Kranzsende.  
Familie Thielke.

Heute nacht entschlief unsere gute Mutter, Schwieger- und Grossmutter

## Frau verw. Marie Wegeling

im 81. Lebensjahre.  
Mit der Bitte um stille Teilnahme im Namen der Hinterbliebenen:

#### Wilhelm Weidemann.

Die Beerdigung findet Sonntag den 22. März nachmittags 3 1/2 Uhr vom Trauerhause grosse Ritterstrasse 13 aus statt.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Vaters sage ich im Namen der Hinterbliebenen herzlichsten Dank.  
**Franziska Müller.**

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes sage allen, die mir hilfreich zur Seite standen, meinen herzlichsten Dank.  
Die trauernde Witwe **Bertha Fuchs** dankt.

Obstgärtnerstraße 23 1. Etage, an Samstag mit Garten, zum 1. Oktober zu vermieten.

Delgrube 13 ist eine Familien-Wohnung für einzelne Leute zum 1. April zu beziehen. Näheres  
Delgrube 9, 1 Trepp.

2 Wohnungen zu 240 und 210 Mark zu vermieten und 1. April bezugsbar. Näheres  
Delgrube 4.

**Barriere-Wohnung**  
von 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör vom 1. April d. J. an ruhige Leute zu vermieten. Preis 180 Mark

**Volksstraße 74.**  
Freundliche Wohnung wird per 1. Juli (am liebsten barriere) von kleinen Geschäftsmann im Preise von 45-50 Tlr. gesucht. Beste Adresse unter 1872 bitte in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Gesucht zum 1. Juli von 2 Personen Wohnung im Preise von 100-200 Tlr. Off. unter G A 50 an die Exped. d. Bl.

**Wohnung,**  
2 Stuben, 1 Küche nebst Zubehör, für 60 bis 70 Tlr. per 1. April gesucht. Offerten unter J D 100 an die Exped. d. Bl.

**Schlafstelle**  
offen.  
Frau Müller, Brühl 4, 1 Tr.

Formulare zu  
**Unfallanzeigen**  
an die Ortspolizeibehörde empfiehlt  
Buchdruckerei Th. Rößner.





## Herrens-Knaben Bekleidung

### Sämtliche Frühjahrs- Neuheiten

sind in denkbar größter Auswahl eingetroffen.

Die Zusammenstellung eines kleinen Teiles dieser Neuheiten in meinen Schaufenstern wird Sie bei gefl. Beachtung von der streng neuesten Mode, eleganten Ausführung und unerreicht billigem Preise überzeugen.

### Konfirmanden-Anzüge

in größt. Auswahl u. allen Preislagen vorrätig

# S. WEISS

Merseburg.

Größtes Spezial-Geschäft am Platze.

### Frisch eingetroffen:

prima englische Natives-Austern, Atrachaner- und Beluga-Maloffol-Caviar, feinsten geräucherten Backs und Spicaal, frische Madeira-Ananas und Tomaten, Pariser Kopsalat, engl. Sellerie und Nadieschen, Puter, Capaunen, Poulets, Perlhühner, hochfeinste englische Matjes-Heringe, guttuchende Malta-Kartoffeln

empfehlen  
**G. Louis Zimmermann.**

### Ganz frische Land-Eier

Handel von 75 Pfg. an  
**Otto Gottschalk, Markt 19.**



Der Samariter-Skursus am Freitag den 20. März fällt aus. Der Vorstand



Turnverein „Rothstein“ e. V. Sonntag den 22. März 1908 von nachmittags 3 und abends 8 Uhr an

### Tänzchen

im Vereinslokal „Gasthof“ Der Vorstand.

### Shkopau.

Gasthof zum Raben.

Sonntag den 22. März, von nachmittags 3 und abends 8 Uhr an.

### Ballmusik.

Es ladet ergebenst ein  
Orchester-Vereinigung.  
J. A. Karl Kaufmann.

## J. G. Knauth & Sohn

Entenplan 2

empfehlen zur bevorstehenden Saison ihr enormes Lager feiner Neuheiten in **Chapeau-Claque und Cylinder, zusammenklappbare Cylinder,**

alleinige Vertretung der Kaiserl. Königl. Hofschneiderei P. & C. Habig in Wien. steife und weiche Hüte in Haar u. Wolle, modernste Formen und Ausstattung, Lodenhüte, Handschuhe für Herren und Damen in Glacé, Wildleder, Seide u. Zwirn, Militärhandschuhe, Schlipse in nur grösster Auswahl, Vorhemdchen, Kragen und Manschetten, bunte Garnituren, Sommerschuhe und Pantoffeln, Hüten für Herren, Knaben und Kinder, bewährte Qualitäten, Schiller-, Beamten- und Uniformmützen, Kragen- und Manschettenknöpfe, Regenschirme für Herren u. Damen, neueste Dessins, moderne Spazierstöcke, Gummiträger, bewährte Qualitäten.

### Zur Konfirmation empfehle

Hüte, Handschuhe, Hosenträger, Schlipse, Vorhemdchen in größter Auswahl.

Bei Bedarf in diesen Artikeln ersuche Sie um die Ihre Ihres Besuchs und verbleibe bei reicher Bedingung die billigsten Preise.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.



## 60 Millionen

Päckchen in 1907 verkauft!

Diese gewaltige Zahl ist der beste Beweis der ausgezeichneten Qualität und Beliebtheit der Marke „Oetker“.

Dr. Oetker's Sandtorte.

Zutaten: 250 g Butter, 200 g Zucker, 125 g Dr. Oetker's Gustin oder bestes Stärkemehl, 125 g Weizenmehl, 1 Eiweiß oder 5 g Dr. Oetker's Backpulver, 4 Eier, 1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillinzucker. — Zubereitung: Die Butter wird etwas erwärmt und schaumig gerührt. Dann gibt man allmählich den Zucker, das Gustin und den Vanillin-zucker hinzu. Hierauf 1 Ei und etwas Mehl (letzteres mit dem Backpulver gemischt). Ist dieses gut vermischt, wieder 1 Ei und etwas Mehl, bis die Eier und das Mehl verbraucht sind. Die Masse wird in eine mit Butter ausgelegte Form gegeben und bei mittlerer Hitze 1—1¼ Stunde gebacken.

## Kriegsdorf.

Sonntag den 22. März hält der Radfahrerverein hier sein

### Vergnügen

in den Räumen des Herrn Gastwirts Otto Winter ab, wozu freundlich einladet der Vorstand.

### Harings Restaurant.

Sonnabend  
Schlachtfest.

### Menzels Restauration.

Sonnabend  
Schlachtfest.

### Hubold's Restauration.

Heute  
Schlachtfest.

### Saale-Schlößchen.

Heute Schlachtfest.  
Freitag von 8 Uhr an Backfleisch, fettes Buch und andere vom Haus.

### W. Alleritz, Amtshäuser 17.

Beste Sonntags von früh an Schweinefleisch, Schmeer und fettes Fleisch.  
Mittwoch 6.

### Prima Ochsenfleisch

a Pfd. 60 und 65 Pfg.

empfehlen  
**L. Nürnbergger.**

In Mainz (Hess.) nunmehr Konkretohaus stehen zu nehmen, sich sich nach Größe anschließen. Vorbenutnisse gering. Offerten mit Preisangabe unter C F 100 postlagernd Merseburg erbeten.

Dünger- u. Mergelgruben-Räumen nimmt an  
Soalstraße 9, im Hofe.

Wäsche zum Wäßen, Wästel zum Brennen werden angenommen  
Breitstraße 19 (10).

Lehrling,  
Sohn achtbarer Eltern, für mein Garben-Berandgeschäft bei vollständig freier Station und sehr günstigen Bedingungen gesucht.  
**Edmund Heinrich,**  
Schwaben- u. Bauhandl.

Ein jüngerer Knecht  
gelehrt  
Wäßen Nr. 12.

Tüchtige Erdarbeiter  
steht ein  
**Rich. Mehnert, Feinsechmeister,**  
Weichenstraße 32

Erdarbeiter  
zum Arealen können sich Freitag vormittag im „Magazin“ melden.  
**Paul.**  
Suche sofort eine

Frau zum Ausbessern.  
Frau Knoche, Weichenstraße 17.

Besseres Stubenmädchen, in Wäßen und sucht Stellung zum 15. April. Offerten unter A 500 an die Exped. d. Bl.

Ältere Mädchen oder unabhängige Frauen für Fabrikarbeit gesucht.  
**Papierwarenfabrik B. A. Blankenburg.**

Für mein Schuhwarengeschäft suche zum sofortigen Antritt ein  
**Lehrmädchen.**

Schuhwarenhaus  
**J. Jacobowitz, Entenplan 9.**  
Gewandtes anderes junges

Mädchen für den Sonntag zur Beaufsichtigung eines Kindes und Hilfe bei der Hausarbeit gesucht.  
Frau Regterungs-Kassier Engelbrecht,  
Hallestraße 17 I.

Öftermädchen für nachmittag zur Wartung eines Kindes gesucht  
Hofbräuergasse 13, I. Etg. I.

Saubere Aufwartung  
gelehrt  
H. Ritterstraße 14 II.

Aufwartung.  
Ein junges Mädchen als Aufwartung wird  
gelehrt  
H. Ritterstraße 13.

Dierzu eine Collage.



XXIII. Landtag der Provinz Sachsen.

(Nachdruck verboten.)

r. Merseburg, 18. März 1908.

Das Haus ist heute bei Beginn der Sitzung nur schwach besetzt, fällt sich aber, als die Vorlage über die Einführung der einjährigen Staatsperiode zur Beratung gelangt.

Der Präsident Graf v. Wartensleben eröffnet die Sitzung gegen 11 Uhr mit folgenden Mitteilungen: Als Schriftführer fungieren die Abg. Gerlach und Winder. Neben den verlesenen neuen Eingängen ist eine Petition aus Siebenbrunn eingelaufen, die ohne Beratung als erledigt betrachtet wird. Schließlich wird die Tagesordnung wie folgt erledigt.

1. Schlussberatung der Vorlage des Oberpräsidenten betr. die Wünsche über Einnahme und Ausgabe beim Etat der Provinzial-Feuerlösgesellschaft für 1905 und 1906.

2. Bericht des Provinzial-Vorstandes über die Vorlage des Oberpräsidenten betr. die Wünsche zum Provinzial-Landtag.

3. Bericht der Feuerlösgesellschaft über die Vorlagen betr. die Wünsche über Einnahme und Ausgabe beim Etat der Provinzial-Feuerlösgesellschaft für 1905 und 1906.

4. Beschlüsse des Landtags betr. die Wünsche über Einnahme und Ausgabe beim Etat der Provinzial-Feuerlösgesellschaft für 1905 und 1906.

5. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

6. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

7. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

8. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

9. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

10. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

11. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

12. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

13. Bericht des General-Direktors für 1905 und 1906.

solche eintreten, aber sie wird von dem großen Nutzen dieser Einrichtung wie ein Angelegtes das Moment der Einigkeit muß in unserer Provinz doch größer sein, da wir noch nicht lange zusammen sind. (Gelächter). Nehmen sie den Antrag an. (Bravo).

Die Mehrheit beschließt darauf die erste Beratung über den Antrag. Abg. v. Jagow-Ostberg führt neue Gründe, die für den Antrag sprechen, herauf. Die einjährige Staatsperiode ist ein langjähriger Herzenswunsch. Der Gang der Sache ist sehr einfach. Wir stellen einen Etat für dieses Jahr auf, schon mit Rücksicht auf die zu erwartenden Erhöhungen der Beamtengehälter und auf den neuen Herrn Landeshauptmann. Im nächsten Jahre muß infolge der Regelung der Beamtengehälter ein neuer Etat aufgestellt werden. Ich empfehle, das Experiment zu machen und so am besten Erfahrungen zu sammeln.

Abg. Wadchow-Weißfels bekennt sich als Gegner des Antrages. Der Provinzial-Landtag ist keine Selbstverwaltung, sondern ein Parlament. Der Verwaltungsrat ist der Provinzial-Ausschuß. Der Antrag fordert auch nicht die Selbstverwaltung. Wir wollen das bestehende nach Möglichkeit erhalten und nur notwendig ändern. Die Verwaltung würde zerteilt sein, wenn Preußen und Deutschland die zweijährige Staatsperiode hätten. (Lärm). Die Arbeit ist für die Verwaltung ganz enorm, die Verwaltung um die es sich hier handelt, muß sich doch auch erhalten können und Ruhe für die Staatsausführung haben. Ein Bedürfnis ist nicht dringender. Der Antrag beruht nur auf einer Überzeugung der Form und die demokratische Entwicklung unserer Zeit, nicht auf einer sachlichen Begründung. Es wäre allerdings erwünscht, wenn wir künftige Fälligkeit hätten mit den Herren der Provinzial-Verwaltung und unsere Wünsche vorbrächten; aber deshalb brauchen wir doch keine einjährige Staatsperiode. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Abg. Graf v. Wartensleben spricht als ständiger Abgeordneter, von Anfang an dem Landtage anwesend und über alle Fragen orientiert ist. Das Gesetz sieht einen zweijährigen Beschlusstermin vor. Eine Zusammenstellung ergibt, daß, wenn ein Bedürfnis vorgelegen hat, der Landtag auch über einberufen werden ist. Über eine bestimmte Festlegung erachte ich nicht für notwendig. Eine zwingende Notwendigkeit des Antrages ist von Anfang an gegeben unter allen Umständen. Das Recht des Landtages ist gegeben unter allen Umständen, ist demnach nicht richtig. Redner schließt die Ausführungen des Abg. Wadchow mit und bittet, erst die zwingende Notwendigkeit nachzuweisen. Bereits 1877 ist ein solcher Antrag eingebracht worden; aus laudlichen Gründen, wie die Aufstellung des Etats, die eine kurzweilige Besetzung des Bureau mit sich bringt, erfolgte i. Z. die Ablehnung des Antrages. Die Kosten werden sich bei einer einjährigen Staatsperiode vermehren und die Verwaltung erfordert mehr Beamte. Infolge der Neuordnung der Beamtenbesoldungen wird für nächstes Jahr sicher ein außerordentlicher Landtag einberufen werden. Redner beantragt Kommissionsberatung.

Oberratsmitglied Regel weiß den Vorwurf, die Selbstverwaltung werde durch die zweijährige Staatsperiode beeinträchtigt, als nicht einsehenswert zurück und erachtet es als nicht richtig, namentlich zur einjährigen Staatsperiode überzugehen. Redner verpflichtet den Ausschüssen des Abg. Grafen v. Wartensleben mit und erklärt, daß er jeden Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Landtages bei wichtigen Anlässen unterstützen werde. Die Festlegung einer einjährigen Staatsperiode widerspricht auch dem Bestreben, das Verwaltungsverfahren zu erleichtern und das Schreibwesen herabzumindern. Er bittet um Ablehnung des Antrages.

Abg. Dr. Schmidt-1. Erklärt: Zwischen Stadt und Provinz ist doch ein großer Unterschied und dieser Unterschied wird auch nicht durch eine einjährige Staatsperiode beseitigt. Die Provinz hat nur erhebliche Interessen. So gern wir nach Merseburg kommen, hätte ich doch die bestehende Einrichtung für durchaus zweckmäßig.

Abg. Oberbürgermeister Albrecht wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Wadchow. Wollen wir auf diesem Wege weitergehen, so führt er uns schließlich zur Abschaffung der Konstitution und des Parlamentarismus. Das Verhältnis zwischen Provinz und Stadt ist doch sehr analog. Das politische Interesse hat hierbei doch besonders hinsichtlich der Provinzial-Angelegenheiten nicht bei einer einjährigen Staatsperiode Bedeutung. Eine eingehende Prüfung der einzelnen Position im Etat ist doch jetzt nicht jeden Abgeordneten notwendig, und dies kann nur bei jeder dieser Angelegenheiten geschehen. Um verständlich und dem deutschen Parlament sind die einjährigen Staatsberatungen stets vom großen Segen für den Staat. Die Ministerien sind nicht maßgebend, und können nicht ins Gewicht fallen. Ferner ist auch kein Grund vorhanden, die Beamtenstellen zu kürzen die Beamten auch nicht weniger mehr zu arbeiten. Durch die zweijährige Staatsperiode beruht eine Unklarheit in den Verwaltungsangelegenheiten, die doch verbessert werden muß. Von einem Ministerienrat gegen den Provinzial-Ausschuß kann nicht die Rede sein, es scheint mir aber, als sehe uns der Bestreben des Provinzial-Ausschusses nicht gene. Im größeren Interesse unserer Selbstverwaltung und der besseren Befähigung der Staatsausführung bitte ich den Antrag anzunehmen. (Beifall Bravo).

Abg. Oberbürgermeister von Merseburg. Die Staatsberatung in den Stadtparlamenten ist der Regulator der Verwaltung. Wenn wir nur über mehr als bisher zusammenkommen, werden wir unübersichtlich, die Ausgaben werden wachsen und die Sparmittel werden weniger. Ich warne dringend davon, die einjährigen Staatsperioden einzuführen. Die Beschlüsse in unserer Provinz sind doch vorzüglich, also ein Grund zur Veränderung ist nicht gegeben. Allerdings sind die Abgeordneten mit dem Etat vertraut, aber die Sache wird nur teurer und das möchte ich vermeiden.

Abg. Graf v. Wartensleben wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Wadchow und fordert dessen Ansicht über das Wesen der Selbstverwaltung. Auch aus Gründen der Sparmittel ist eine einjährige Staatsperiode anzurufen, da beim zweijährigen Etat die Lebensdauer des ersten Jahres einfach im zweiten Jahre mit verbunden werden. Auch die Arbeit und die Opfer der Abgeordneten sind nicht größer, da der Landtag dann nur wenige Tage tagt. Eine häufige Fälligkeit naht mit der Verwaltung ist doch nur segensreich.

Abg. Graf v. de Graaf-Craackhoff-Hohenstein befragt über praktische Erwägungen eine zweijährige Staatsperiode. Wir haben allen Grund bei der bisherigen Methode zu bleiben.

Abg. Graf v. Wartensleben macht eine persönliche Mitteilung zu dem Antrage des Abg. Albrecht. Der Antrag ist einseitig. Bei der gemeinsamen Beratung und bei diesen Zusammenkommen kommt doch außerordentlich viel zutage heraus. Ich bitte, einen einjährigen Etat zu genehmigen.

Abg. Albrecht: Wir können nicht das Interesse an der Provinz haben, weil wir nur alle zwei Jahre zusammenkommen. Ich kann nur bedauern, daß die Abgeordneten, die selbst in der Mitte der Selbstverwaltung stehen, gegen den Antrag sein können. Eine intensive Arbeit liegt doch nur im Interesse der Provinz. Das erforderliche Interesse an der Provinz ist vorhanden. Die erforderliche Aufmerksamkeit kann nur bei einem einjährigen Etat gegeben werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Im Schlußwort weist der Antragsteller Abg. Franz nochmals darauf hin, daß der Antrag nur die Idee eines gesunden Fortschritts ist.

Der Landtag ist in die zweite Beratung eingetreten. Abg. Dr. Ludewig-Erfurt: Ich halte eine zweijährige Staatsperiode für genügend und lehne dem Provinzial-Ausschuß volles Vertrauen. Von dem Abg. werden jetzt große Opfer verlangt, die bei einer einjährigen Staatsperiode noch größer werden.

Abg. Dr. Erner-Erfurt: Ich halte eine ein- und zwei-jährige Periode. Das praktische Ergebnis haben wir aber keine. Die Provinzverwaltung ist in der Mitte der Selbstverwaltung stehen, gegen den Antrag sein können. Eine intensive Arbeit liegt doch nur im Interesse der Provinz. Das erforderliche Interesse an der Provinz ist vorhanden. Die erforderliche Aufmerksamkeit kann nur bei einem einjährigen Etat gegeben werden.

Abg. Graf v. Wartensleben wendet sich gegen einen Antrag, daß wir im Landtage die Ruhe des Ausschusses haben.

Abg. Graf v. de Graaf: Die Selbstverwaltung wird in unserer Provinz nicht beeinträchtigt, also ist kein Grund für eine Veränderung ein. Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Wadchow macht darauf eine persönliche Bemerkung.

In der Abstimmung wird der Antrag mit geringer Mehrheit angenommen. — Schluß 3 1/4 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag mittags 12 Uhr.

Provinz und Umgegend.

+ Weissenfels, 19. März. Die Vertretung der evangelischen Gemeinde beschloß, die Kirchensteuer für das kommende Etatsjahr von 14 auf 15 Proz. zu erhöhen. — Da die höhere Mädchenschule mit dem 1. April d. J. die zehnte Klasse erhält und es an Raum mangelt, wird jetzt als Notbehelf eine Schulbaracke in der Nähe der betreffenden Schule (an der Promenade) errichtet. — Das neue Kreisstuhndeschau für den Landkreis Weissenfels ist fertig gestellt und wird bereits vom Landrat Grafen v. Arnim bewohnt. Jetzt ist man mit der Jurisdiktion und dem Ausbau der Zufußstraße beschäftigt; auch werden Anlagen um das sich in jeder Hinsicht schon gefaltete Gebäude nahe am Stadtpark geschaffen. Die gesamte Verwaltung wird noch in einigen Wochen in die neuen Räume übersiedeln.

+ Jena, 18. März. Einen gemäßigten Wirt besitz die „Wolfschlucht“. Ihm wurde kürzlich nachts ein Fenster einmurmelt (das Fenster einmurmelt ist in Jena „neue“ Mode) und nun stellt der Wirt nicht etwa Strafanzug, sondern er verspricht dem Steinwerfer förmlich einen reichen Freitritt, wenn er so tapfer ist, sich dem Wirt vorzustellen. In Jena lebt sich's bene!

+ Wolmirstedt, 18. März. Eine böse Ueberraschung wurde einer Frau zuteil, die nach längerem Aufenthalts im Krankenbause in ihre Wohnung zurückkehrte. Sie fand sie leer. Der Mann hatte die Arbeitslosigkeit seiner Gattin dazu benutzt, die ganze Arbeitslosigkeit zu verkaufen und den Erlös zu vertrieben. Mitleidige Nachbarn gaben der Frau wenigstens soviel, daß sie ihren Hunger stillen konnte.

+ Hohnstedt, 19. März. In dem zwischen hier und Langenbunten gelegenen als Abdrück bekannten Gattischen Gehöft kam es am Sonntag nach einem Festmahl zwischen den verheirateten und unverheirateten Kindern zu heftigen Streitigkeiten, worauf die Mutter, eine Witwe, ihrem Leben durch Erhängen ein Ende machte.

+ Bernburg, 19. März. Die geplante Errichtung einer chemischen Fabrik in Naalberge rührt auf Wiederpruch. Nachdem sich die Verhandlungen mit der Firma C. Habndorf zerlegt haben, hat das betreffende Konsortium, eine Aktiengesellschaft, ein Gesuch an den Gemeindefiskus um Auf von vier Morgen Kirchengrund gerichtet. Der Gemeindefiskus und die Kirchengemeinde Vertretung haben aber ebenfalls dieses Anerbieten abgelehnt. — Welche Gründe die beiden Körperschaften zu der ablehnenden Haltung veranlaßt haben, ist nicht bekannt. Jedenfalls steht fest, daß man auf dem Lande nicht gern der Industrie Tür und Tore öffnet. Gegen die chemische Industrie hat man besondere Bedenken.







das Wort zu dem angestrebten Fortschritt und wies in Anbetracht der Umstände des hiesigen Ober-Präsidenten darauf hin, wie bei unserer stetig fortschreitenden Kultur, der empfindlichen Industrie und dem intensiven Land- und Forstwirtschaftsbetriebe die Gefahr bestehe, daß eine große Anzahl Klagen und Klagen vollständig angeordnet, daß landwirtschaftliche Schulden und Kulturdenkmäler namentlich durch industrielle Unternehmungen vollständig bezw. befristet würden, und daß sich deshalb in fast allen Kulturstaaten Bestimmungen — sowohl auf staatlicher wie von privater Seite — bemerkbar machen, um letztere zu schützen und die betroffenen Klagen und Klagen vor dem Aussterben zu bewahren.

In einer längeren Rede schloß Herr Professor Conwentz eingehend, was in dieser Beziehung bis jetzt in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, in England, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Österreich (Böhmen) und namentlich in unseren deutschen Staaten getan worden ist, wie durch Ankauf von Landstücken größere Betriebe eingerichtet und gewisse Pflanzungen und Anlagen vor dem Aussterben bewahrt werden sollen, welche Besondere eingehend sind, um die besten landwirtschaftlichen Schulden, namentlich in unsern engeren Vaterlande vor Verschwendung durch industrielle Unternehmungen, Bahnen, Steinbrüche, Bauten usw. zu schützen und welche dankenswerthe Vorregeln seitens der Behörden, namentlich seitens der Ministerien, Fortschritt, Mittelschichten und Kommunalverwaltungen usw. in dieser Richtung getroffen sind, namentlich seitens der Provinzialverwaltungen durch Kartographieren und Registerführung der in den betreffenden Ländern angekauften jetzt seitens Acker- und Baum- bzw. Pflanzengattungen und landwirtschaftlichen Schulden.

Der Herr Redner hob, hiermit den Zustand des Begriffs Nationaldenkmalspflege und die Bestimmungen zur Erforschung und Erhaltung der Naturdenkmäler im Auge zu haben. Es wurde angeführt, auch für die Provinz Sachsen ein Komitee zur Förderung der angeordneten Bestimmungen zu bilden und namentlich das Interesse der Bevölkerung in dieser Richtung zu erwecken; es wäre nicht schamhaft vorgegangen, nichts Unersetzbares angegriffen werden, die wirtschaftliche und kulturelle Industrie Interessen müssen gewahrt werden. Unter Benennung der Naturdenkmäler vorhanden den Komittees weist der Herr Redner darauf hin, daß die Naturdenkmäler dieser Art zu sein werden müssen, wie den Bau und Fundamente. Während seitens des Staates für erstere bereits Mittel früher nicht zur Verfügung gestellt sind und erst 1896 das erste Mal eine Summe in den Etat eingestellt und ein ständischer Kommissar ernannt ist, wurden für letztere bedeutende Summen angeworben, auch seien für letztere wohl in allen Provinzen ähnliche Organismen geschaffen — er wolle hier auf die historische Kommission in der Prov. Sachsen. Die Prov.-Komittees sollen die Aufgabe haben, für kleinere Objekte wieder besondere Komittees zu bilden, durch häufige Vorlesungen das Interesse der Bevölkerung für die Sache zu wecken, die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Bestimmungen anzuschaffen usw. In vielen Provinzen seien auch von den Prov.-Verwaltungen Mittel für die Nationaldenkmalspflege zur Verfügung gestellt. In der Provinz Sachsen sei nur schon von dem Herrn Redner, ein Provinzial-Komitee und möglichst zahlreiche Bezirkskomittees zu bilden. Komittees zur ehrenamtlichen Leitung des Komittees (Museenleiter, Professoren, Lehrer, Priester usw.) würden wohl zu setzen, es müßten alle Kräfte angewandt werden, um in der angeordneten Weise das Interesse der Bevölkerung an anderen Bestimmungen und hierdurch die Werke zu der an Naturdenkmälern und Schöpfungen so übersaus reichen Heimatprovinz und zu der Heimatprovinz zu wecken.

Erzengel Hagen, der Herr Redner für seinen hochwürdigsten belehrenden Vortrag, vertritt die Sache ernstlich zu fördern und hofft, daß vielleicht der Provinzial-Landtag die Mittel zur ersten Durchführung der angeordneten Einrichtungen, namentlich zur Deckung der Verwaltungs- und Organisationskosten (etwa 1500 Mt.) bewilligen wird.

Herr General-Kommissar Herr Präsident von Behr-Verberg und Herr Professor Hagen, die beide die Sache ernstlich zu fördern und hofft, daß vielleicht der Provinzial-Landtag die Mittel zur ersten Durchführung der angeordneten Einrichtungen, namentlich zur Deckung der Verwaltungs- und Organisationskosten (etwa 1500 Mt.) bewilligen wird.

Der Herr Oberpräsident, Erzengel Hagen, glaubt, daß die Veranlassung mit der Bildung des Provinzial-Komittees einander ist und ist nicht in der beschriebenen Weise zu wählen, den Ober-Präsidenten der Provinz, den Kommissar vorliegenden, den Landeshausmarschall, die Präsidenten der Regierungen zu Magdeburg, Merseburg und Erfurt, den General-Kommissionspräsidenten, ferner den Fürsten zu Stolberg-Bergischen, eine große Anzahl hiesiger Universitäts-Professoren, Prof. Wegener-Magdeburg, die Oberbürgermeister der Städte Magdeburg, Halle, Erfurt, Eisleben, Bismarck, Meißner, Halle, Merseburg, Braunschweig, Magdeburg, ein Vorstandsvorsitzender des Provinz-Vereins, einen Vertreter der Landwirtschaftskammer, Geh. Rat Wilmers-Merseburg, und einen Vertreter des Unterbundes. Die Veranlassung ist mit der Zusammenlegung des Komittees einverstanden. Unter dem nachfolgenden Beschlusse des Dankes für das bewiesene Entgegenkommen seitens Erzengel Hagen, den Vortragshörer und bittet die gewählten und hier anwesenden Komitee-Mitglieder, möglichst zu einer ersten konstituierenden Sitzung zusammenzutreten.

## Vermischtes.

(Wesentlich des Kaisers.) Wie aus Hanau berichtet wird, hätte der Kaiser für die Beschaffung einer neuen Glode in der Marienthorstraße in Gießen einen 2500 Mt.

(Die Frau überbrannt.) Der neue kommandierende General des 17. Armeekorps, General der Kavallerie und Generaladjutant des Kaisers, von Wadenstein, hat sich mit Leonte von der Wien, der älteste Tochter des Grafen von der Thurn-Taxis verlobt. Der Vater der Braut ist Majoratsbesitzer in Gießen, im Kreis Braunfels im Kommen. In der Gegend, in der sich die vorerwähnte Braut der 36. Division abspielten. Als damaliger Kommandeur dieser Division hat General von Wadenstein im vergangenen Herbst einige Tage in Gießen im Quartier gelegen und hierbei viele schöne Jahre haben kennen gelernt. General von Wadenstein ist 59, seine Braut ist 28. Lebensjahre.

(Zum Bismarck.) In Gießen im Kreis Braunfels im Kommen. In der Gegend, in der sich die vorerwähnte Braut der 36. Division abspielten. Als damaliger Kommandeur dieser Division hat General von Wadenstein im vergangenen Herbst einige Tage in Gießen im Quartier gelegen und hierbei viele schöne Jahre haben kennen gelernt. General von Wadenstein ist 59, seine Braut ist 28. Lebensjahre.

(Witzabender Herr.) Der Direktor des Lehrerseminars in Gimmersheim verfasste an die Leiter der evangelischen Volksschulen folgendes Schreiben: „Am hiesigen Seminar wurde zum 1. Oktober vorigen Jahres ein Präparandenkursus eröffnet, der voraussichtlich Herbst 1910 als Seminarabschluß weitergeführt wird. Unausfühlige Verschleppung haben diesen Kursus nicht vollständig werden. Erfreuen mich im Herbst in hiesiger Besetzung keine Konfirmation, überhand seine Schulzeitung und kein Schulbesuch hat; dazu blühte die Industrie und zog die jungen Leute in die Compotiers und Werkstätten. Die bei uns freigebliebenen Plätze beschützigen wir nun Offern möglichst mit hiesigen jungen Leuten zu besetzen, mit denen systematisch der Stoff des ersten halben Jahres nachgearbeitet werden soll. Ich erlaube mir, Sie im Interesse geeigneter Schüler des Jahres unterstellten System aus dieser Gelegenheit aufmerksam zu machen. Die jungen Leute müssen mindestens vor dem 1. April 1894 geboren und für die entstehende besondere Aufgabe befähigt sein. Das Pensionsgeld beträgt hier täglich 1.75 Mt.; würdige und begünstigte Schüler erhalten Unterstützung. Bewerbungen nehmen Sie von jetzt ab entgegen.“ — Seiten und mit großer Offenheit die wahre Ursache des Lehramtsmangels aufzuweisen: Die jungen Leute verdienen in den Komittees und Werkstätten früher und mehr, als wenn sie Lehrer werden.

(Tollent-Montano.) Dem Verh. Kolonaz, zufolge hat sich Tollent seit Monatsfrist von seiner Gattin getrennt. Er soll bei einem Eltern in Florenz wohnen. Was Salzburg nach bester Platz. Am 1. Oktober 1897 in verschiedenen Dienststellungen, zuletzt als Oberforst, tätig war, hatte bis auf den Stempel- und Nummernausdruck fertigestellte Notenblätter, darunter auch Formulare der Reichsbanknoten der H. Emilian, aus den Vordrücken der Reichsbanknoten, die Stempelung und Nummerierung mit Hilfe von Stempel und Affen aus den Vordrücken der Reichsbanknoten selbst ausgeführt und die Stücke dann als echte Noten in den Verkehr gebracht. Durch einen Zufall wurde im März 1899 sein verbrecherisches Treiben entdeckt; während der Untersuchung nahm er sich das Leben. Vor der Entdeckung war es für die Beamten der Reichsbank tatsächlich, die Unmöglichkeit der Fälschung zu erkennen. Erst nach der Entdeckung gelang es durch sorgfältige Prüfung des Stempel- und Nummernausdrucks mit Hilfe einer von der Reichsbank zu diesem Zwecke hergestellten, die genaue Lage der Stempel und der Affen auf der Duplimate erstlich machenden Gestalt. Offenbar sind jedoch bis zum März 1898 von 740000 Reichsbanknoten im Verkehr gewesen, die durch den Verfall einer großen Anzahl von Reichsbanknoten, die in den Verkehr gebracht, von der Reichsbank trotz sorgfältiger Prüfung unentdeckt als echt eingezahlt und verbrannt worden, so daß der Umlauf von echten Noten durch die Verbrechenungen sich tatsächlich nicht in dem durchgängig nachgewiesenen Maße vermindert hat. Der Fall ist am 1. Oktober 1899 in den Reichsbanknoten der H. Emilian und ist durch einen Zufall entdeckt worden. Die Fälschung wurde durch einen Zufall entdeckt und die Stücke dann als echte Noten in den Verkehr gebracht. Durch einen Zufall wurde im März 1899 sein verbrecherisches Treiben entdeckt; während der Untersuchung nahm er sich das Leben. Vor der Entdeckung war es für die Beamten der Reichsbank tatsächlich, die Unmöglichkeit der Fälschung zu erkennen. Erst nach der Entdeckung gelang es durch sorgfältige Prüfung des Stempel- und Nummernausdrucks mit Hilfe einer von der Reichsbank zu diesem Zwecke hergestellten, die genaue Lage der Stempel und der Affen auf der Duplimate erstlich machenden Gestalt. Offenbar sind jedoch bis zum März 1898 von 740000 Reichsbanknoten im Verkehr gewesen, die durch den Verfall einer großen Anzahl von Reichsbanknoten, die in den Verkehr gebracht, von der Reichsbank trotz sorgfältiger Prüfung unentdeckt als echt eingezahlt und verbrannt worden, so daß der Umlauf von echten Noten durch die Verbrechenungen sich tatsächlich nicht in dem durchgängig nachgewiesenen Maße vermindert hat. Der Fall ist am 1. Oktober 1899 in den Reichsbanknoten der H. Emilian und ist durch einen Zufall entdeckt worden.

(Ueber eine Million Mark heimlich veräußert.) Bei der Einlegung von Reichsbanknoten sind im vergangenen Jahre nach dem letzten Bericht der Reichsbank noch für 344000 Mark gefälschte Eisenbahn-Scheine ermittelt worden. Erst im Vorahre waren beantragte falsche Reichsbanknoten in Höhe von 740000 Mark eingezogen worden. Am 1. Oktober 1897 in verschiedenen Dienststellungen, zuletzt als Oberforst, tätig war, hatte bis auf den Stempel- und Nummernausdruck fertigestellte Notenblätter, darunter auch Formulare der Reichsbanknoten der H. Emilian, aus den Vordrücken der Reichsbanknoten, die Stempelung und Nummerierung mit Hilfe von Stempel und Affen aus den Vordrücken der Reichsbanknoten selbst ausgeführt und die Stücke dann als echte Noten in den Verkehr gebracht. Durch einen Zufall wurde im März 1899 sein verbrecherisches Treiben entdeckt; während der Untersuchung nahm er sich das Leben. Vor der Entdeckung war es für die Beamten der Reichsbank tatsächlich, die Unmöglichkeit der Fälschung zu erkennen. Erst nach der Entdeckung gelang es durch sorgfältige Prüfung des Stempel- und Nummernausdrucks mit Hilfe einer von der Reichsbank zu diesem Zwecke hergestellten, die genaue Lage der Stempel und der Affen auf der Duplimate erstlich machenden Gestalt. Offenbar sind jedoch bis zum März 1898 von 740000 Reichsbanknoten im Verkehr gewesen, die durch den Verfall einer großen Anzahl von Reichsbanknoten, die in den Verkehr gebracht, von der Reichsbank trotz sorgfältiger Prüfung unentdeckt als echt eingezahlt und verbrannt worden, so daß der Umlauf von echten Noten durch die Verbrechenungen sich tatsächlich nicht in dem durchgängig nachgewiesenen Maße vermindert hat. Der Fall ist am 1. Oktober 1899 in den Reichsbanknoten der H. Emilian und ist durch einen Zufall entdeckt worden.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. März. (S. T. B.) In Reichstage verlas heute in fünfter Stunde Staatssekretär Dernburg eine Depesche, wonach am 16. d. M. ein schweres Gefecht gegen Timon Kooper in der Kabari (Südwestafrika) stattgefunden hat. Auf deutscher Seite sind gefallen Hauptmann Eckardt, Leutnant Gente und neun Mann. Außerdem sind viele Mannschaften schwer und leicht verwundet. Der Feind wurde von Stellung zu Stellung geworfen. Der Staatssekretär fügte der Depesche einen Nachruf für die Gefallenen hinzu und betonte, daß in dem Hauptmann Eckardt einer der tüchtigsten und besten Offiziere gefallen sei und auch die Mannschaften haben viel Strapazen durchmachen müssen. U. a. hätten sie vier Tage nicht abkochen können. Timon Kooper ist schwer beschädigt.

Berlin, 19. März. Ein in der Landberger Allee radfahrender Schutzmann wurde von Demonstranten angegriffen und verletzt. Der Beamte kam die Landberger Allee herunter, als plötzlich ein Schuß fiel, der aus einem Bierstolp kommen schien. Der Polizist sprang vom Rad, um den Täter zu ermitteln. Da erönte eine Stimme: Der Schutzmann hat selbst geschossen! Der Beamte wurde bittend von der Menge umringelt und verließ, während der Rufer von einem anderen Beamten eskortiert

wurde. Im ganzen wurden ungefähr 40 Personen fixiert. — Dem „Vollanleger“ zufolge fand abends um 9½ Uhr an der Ecke der Diefen- und Kaiserstraße ein erster Zusammenstoß zwischen der Schutzmannschaft und Ruhestörern statt. Eine sehr große Menschenmenge, meist junge Burken, hatte sich im Scheinwerferlicht auf dem Bürgersteig und wollte nach dem Schloss ziehen. Einige der jungen Leute hatten Steine mitgebracht und schleuderten sie gegen die Beamten. Zwei Schutzleute wurden erheblich verletzt. Die Ruhestörer wurden mit der Waffe zurückgetrieben und gefesselt.

London, 19. März. Aus New-York wird telegraphiert: Der Kronprinz Wilhelm kollidierte in der Nacht von New-York während des dichten Nebels, der seine Fahrt aufhielt, mit dem Dampfer „Crown of Cassin“. Der letztgenannte Dampfer riß ein großes Loch in das Hinterrad des „Kronprinz Wilhelm“, dessen Passagiere mit dem bloßen Schrei davonkamen. Der „Kronprinz Wilhelm“ konnte jedoch unter eigenem Dampf in das Dock einlaufen; er liegt jetzt bei Staaten Island vor Anker.

Petersburg, 19. März. In der gestrigen entscheidenden Sitzung der Dumakommission für die Landesverteidigung wurde der Regierungsentwurf für die Flotten-Erneuerung, insbesondere der Bau von Urausschreitern, mit 19 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Duma verweigert die hierzu erforderlichen Mittel, bevor nicht das Marineministerium reorganisiert und ein tüchtiger Marinestab geschaffen ist. — In Reichsrat droht, wie uns weiter telegraphiert wird, der Vorlage daselbstes Schicksal. Nach einem Monat sollen die Debatten in der Duma beginnen.

Petersburg, 19. März. Das Duell zwischen den Generalen Fox und Smirnow wurde in der Manege der Garde zu Pferde mit Genehmigung der Militärbehörde ausgeschrieben. Die Eskandanten Smirnows waren der bekannte Dumadepuierter Pauschewitsch und Kapitän Schouls. Es wurden drei Schüsse geschossen. Smirnows Verwundung am Schenkel ist schwer, aber nicht lebensgefährlich. Dem General Fox wurde nur der Rücken durchlöcher.

Konstantinopel, 19. März. Der bulgarische diplomatische Agent Gschow machte den hiesigen bulgarische Regierung gegen die Organisierung von Banden in Bulgarien und gegen Grenzübertritte die strengsten Vorgriffe ergreifen lassen. — In Reichsrat droht, wie uns weiter telegraphiert wird, der Vorlage daselbstes Schicksal. Nach einem Monat sollen die Debatten in der Duma beginnen.

Berlin, 19. März. Die Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie die Abreise der Flüchtlinge gestatte, und hat den Wunsch ausgedrückt, daß bei späteren Aufständen die fremden Gesandtschaften nicht wieder zu Anstößen für Revolutionäre gemacht würden. Die französischen Flüchtlinge gingen an Bord des deutschen Kriegsschiffes. Die Flüchtlinge werden auf einer benachbarten Insel im Mittelmeer abgesetzt. Das französische Kriegsschiff überweist die Gefangenen in Genoa. Das englische Eintreten der europäischen Mächte rettet wenigstens einige Menschenleben. Die Hinrichtung des Majors Karacz und einiger seiner Gefangenen sollte dem Augenblick erfolgen, als die Kriegsschiffe auf der Reise erschienen.

Der Anschlag der deutschen Gesandtschaft Hofrat Herzberg wurde von dem aufgereizten Eingeborenen untrüg und mußte sich den Weg von der Werts nach der Straße mit seinem Schwert erkämpfen, von dem er ausgehiebten Gebrauch machte. Die britischen Matrosen sind alle zur Landung bereit.

## Berliner Getreide- und Produktenerkehr.

Berlin, 18. März. Das Geschäft am Getreidemarkt wies auch heute keine Besserung auf. Die Spekulation beobachtete allgemein Zureichhaltung, da mehr vom Ausland noch vom Inland auszuende Berichte vorliegen. Brotgetreide befestigte sich anfangs auf einige Rufe im Preis, ermatte aber später, als sich das Angebot entgegenkommender stellte. Weiz und Gerste waren bei kleinen Umläufen prelschwach; Roggen schwächer auf gehobenes Angebot. Weizen: Unbedeutend.

Weizen lot. 1. 205,00—215,00 Mt., Mai 207,25—215,75 Mt., Juli 209,25—208,25 Mt., September 192,00 Mt., Erntes matter.

Roggen lot. 1. 192,00—194,00 Mt., Mai 210,75—201,75—200,50 Mt., Juli 196,75—197,00—196,00 Mt., Sept. — Mt. Bebaupet.

Gerste lot. 171,00—184,00 Mt., do. mittlere 161,00—170,00 Mt., do. geringe frei Wagen und ab Bahn 165,00 bis 160,00 Mt., Mai 164,25—164,50 Mt., Juli — Mt., Sept. — Mt. Bebaupet.

Weizen ernt. 1. 156,00—169,00 Mt., do. runder 155,00—168,00 Mt., Mai — Mt., Juli — Mt. Getreidesilos.

Weizen mehr 1. 20, brutto 26,25—28,75 Mt., Still. Roggen mehr 1. 25, 0 und 1. 25,20—27,50 Mt., Mai — Mt., Juli — Mt., Sept. — Mt. Bebaupet. R551 lot. — Mt., März — Mt., Mai 72,50 Mt., Okt. 68,20—68,50 Mt. Br. Siau. Weizen im. lot. 150,00—158,00 Mt., do. scharf frei Wagen u. ab Bahn 169,00—170,00 Mt., do. russ. frei Wagn. 146,00—151,00 Mt., leichte — Mt., schwere — Mt. amerik. — Mt. Gersten inland und russ. Futterernte mittl. 172,00 bis 186,00 Mt., do. frei 187,00—198,00 Mt. Weizenfreie grob netto opt. Sad ab Wägle 12,50—13,25 Mt., do. fein netto opt. Sad ab Wägle 12,50—13,25 Mt. Roggenfreie netto ab Wägle opt. Sad 12,50—13,00 Mt.







# Correspondent.

**Wesentliche Geschäftsbesagen.**  
 oesterr. Musw. Staatsgebäude mit  
 14 hohler Hochschlösser,  
 100000 ländwirtsch. u. Handelsbes.  
 mit neuesten Marktnotierungen.

Nr. 68.

Freitag den 20. März 1908.

34. Jahrg

## Abonnements-Einladung.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere auswärtigen Leser, das Abonnement auf den  
**„Merseburger Correspondent“**  
 bei den Postanstalten oder den Briefträgern baldigst erneuern zu wollen, damit in der regelmäßigen Zustellung des Blattes vom 1. April d. J. ab keine Unterbrechung eintritt.

### Der vierteljährliche

**Abonnementspreis**  
 beträgt bei der Post 1 Mk. 20 Pfg. (ohne Bestellgeld), bei unseren Austrägern 1 Mk. 20 Pfg. und in unseren Ausgabestellen 1 Mk.

### Inserate

Anden bei der ständig wachsenden Auflage unseres Blattes wird eine erfolgreiche Verbreitung und gewöhren wir bei dreimaliger Aufnahme ein und desselben Inserates

16 2/3 Prozent, bei mehr als dreimaliger 20%  
 Aufnahme  
 Rabatt.

### Geschäftsstelle

des Merseburger Correspondenten.

## Zur Beurteilung der Blockpolitik.

liegen einige recht beachtenswerte Presstimmen vor. Das führende Parteiorgan der bairischen National-liberalen, die „Bairische Landeszeitung“, schreibt, nach Norddeutschland gehandt:

„Der Geist, in dem Preußen regiert wird, regiert auch im Reich. Das ist eine Tatsache, die wir im Süden mitunter weniger angenehm empfinden mögen, namentlich, so lange dieser Geist dem unseren, mehr demokratisch veranlagten, so ganz entgegensteht ist. Aber wir können diese Tatsache an sich weder bestritten, noch mit Recht beklagen. Eine Volksvertretung, so meinte das biederer preussische Bürger-tum einst beim Entschluß der Verfassung, hätte es nun. Ein Junkerkongress ist in der Praxis daraus geworden. Und die Macht der Junker ist, auch der Krone gegenüber, gegen früher eher noch gewachsen. Die preussische Wahlrechtsfrage ist dabei, eine gesamte deutsche Lebensfrage zu werden. Die Reichspolitik gerät immer mehr ins Stocken. Der preussische Ministerpräsident Fürst Bülow ist auf sein Junkerparlament angewiesen. Der Reichskanzler Fürst Bülow soll mit Ergebnissen der konservativ-liberalen Paarung wirtschaften. Das kann natürlich nur zu der Verhängnisvollsten Politik führen, die wir jetzt erleben. Nichts geschieht. Die Befreiungsmaschine läuft immer langsamer. Das politische Blut im Volkskörper wird immer mehr ein. Wo aber ist das nationale und liberale Bürgertum, das die Gefahr erkennt?“

Dann wendet sich das Blatt mit freimütigen Vorwürfen gegen die „überwiegende Mehrheit der Bildungsgeschicht“ und zeigt ihr Friedrich Raumann als glänzendes Vorbild eines auf der Höhe der modernen Geisteskultur stehenden und doch zugleich durchaus politischen Deutschen.

Das „Hamburger Fremdenblatt“, ein der freisinnigen Volkspartei nahestehendes Organ, schreibt sehr pessimistisch über die gegenwärtige Lage und den Block. „Der Liberalismus darf“, so schreibt das Blatt mit Recht, „keine Verfeinerung der politischen Zustände zur Fälschung und Zerstörung der Massen zulassen.“ Die Räte der preussischen Landtage müssen verbieten ein unsicheres Taktik, das schließlich in die „Isolation“ oder „Einsamung“ ausläuft. Blinde Vertrauensfertigkeit gehört nicht zu den Eigen-

schaften, die bei den demotaischen Massen Vertrauen zu erwecken und zu erhalten geeignet sind.  
 Der beachtenswerte Artikel schließt wie folgt:  
 „Auch wir sind der Blockpolitik des Fürsten Bülow willig und vertrauensvoll ergeben gewesen, weil wir eine Zusammenfassung der Parteien der neuzeitlichen Kultur gegen den Ansturm des kulturfeindlichen kirchlichen Romanismus und die Abwehr des das Gefüge des bürgerlichen Gesellschafts- und Staatswesens unterminierenden Sozialismus als eine kulturelle Notwendigkeit erkennen. Aber die Voraussetzung war und ist, daß der führende Kanzler auch die Macht hat, die reaktionären Geister in der Junkerpartei zu meistern. Gefällt sich diese Voraussetzung nicht, dann stürzt das Festhalten am Block im Gegensatz zu seinem Grundgedanken nur den Einfluß von Zentrum und Sozialdemokratie im Volke. Dann los vom Block, wenn Fürst Bülow nicht den Einfluß besitzt, die Konserwativen zu diesen Tritten zu leiten.“

Solche einflussreichen Stimmen aus Nord und Süd zeigen deutlich die Stimmung der Unzufriedenheit, die in weiten Volkskreisen herrscht.

## Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsausschusses für das Jahr 1907

ist dem Reichstage zugegangen. Wir entnehmen ihm, daß in dem genannten Jahre über 20,7 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren, wovon noch die bei den 14 Versicherungsanstalten der Baugewerkschaftsgenossenschaft, der Tischler- und Sieberer-gesellschaft Versicherung kommen. Die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug 663 053, die der ermäßigten entschädigten Unfälle 144 410. Die veranschlagten Entschädigungen betragen 150 769 595 Mk gegen 142 436 864 Mk im Vorjahre. Infolge der wachsenden Klagen der Land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer hat das Reichsamt des Innern Beamte damit beauftragt, die Berechtigung der Klagen nachzuprüfen, die Ursachen der Steigerung der Rentenlast und einige dabei beobachtete Erscheinungen zu erforchen und Mittel zur Abhilfe zu suchen. Das Ergebnis der Erhebungen war, daß es in zahlreichen Fällen an der für die zureichende Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit erforderlichen Auffklärung der medizinischen und sonstigen Verhältnisse hat,



Die Wirren in Haiti.  
 In einem offiziellen Berliner Telegramm der „Köln. Zig.“ vom Dienstag heißt es: Woher ist hierber nichts

davon berichtet worden, daß sich viele Flüchtlinge in der deutschen Gesandtschaft eingefunden hätten. Durch das Vorgehen der haitianischen Behörden erscheinen aber deutsche Geschäftsbauer in Port au Prince bedroht zu sein, und außerdem gibt es in Haiti deutsche Konsularbehörden, zu denen vielleicht Flüchtlinge ihre Zuflucht genommen haben. Ein bedingungsloses Votumrecht wird natürlich von den fremden Vertretern gar nicht in Anspruch genommen. Andererseits kann den haitianischen Behörden nicht das Recht zugesprochen werden, mit Gewalt Leute aus den Konsulargrundstücken herauszubolen. Wies ist ist von haitianischer Seite nicht behauptet worden, daß es sich um Flüchtlinge handle, gegen die ein gesetzliches richterliches Verfahren schwebt. Von der Einleitung eines solchen Verfahrens ist auch bisher nichts bekannt geworden. Im übrigen scheinen die Haitier im Hinblick auf die erwarteten fremden Kriegsschiffe schon einlenken zu wollen. Der deutsche Kreuzer „Bremen“ wird auch den Schutz der Franzosen übernehmen für den Fall, daß bei seiner Ankunft das französische Kriegsschiff „d'Espre“ noch nicht eingetroffen ist.

Aus Washington wird vom Dienstag gemeldet: Die Lage in Haiti ist nach der offiziellen Angabe des Staatsdepartements entschieden ernster, als dies seit der Revolution der Fall war. Die haitianische Regierung weigert sich jetzt, den Flüchtlingen in den fremden Gesandtschaften zu gestatten, das Land zu verlassen. Der amerikanische Kreuzer „Des Moines“ und das Kanonenboot „Eagle“ wurden sogleich nach Port au Prince entsendet mit der Weisung, die amerikanischen Interessen zu schützen. Der englische Kreuzer „Indefatigable“ ist am Montag, der deutsche Kreuzer „Bremen“ Dienstag früh in Port-au-Prince angekommen. Man glaubt, daß für das Leben der Ausländer keine Gefahr besteht. Am Dienstag herrschte Ruhe. Der „Indefatigable“ kündigte seine Ankunft durch drei Kanonenschüsse an, was eine kleine Panik hervorrief. Doch beruhigte man sich bald, als die Ursache der Schüsse bekannt wurde.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet aus Port-au-Prince vom Dienstag: Die Vertreter der fremden Mächte hielten eine Besprechung ab und beschloßen, daß, falls nicht alsbald eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten zu erhoffen sei, dem Präsidenten Alexis ein Ultimatum überreicht werden solle, in welchem seine Abdankung und die Entsetzung einer provisorischen Regierung verlangt würde. Sie wollen ferner die Ausschreibung vorläufiger Wahlen fordern und weitere Hinrichtungen verbieten.

Am Mittwoch wurde berichtet, daß eine Bekanntmachung der Regierung den Flüchtlingen gestattet, sich auf die Kriegsschiffe zu begeben. Präsident Nord Alexis verstärkte die Garnison des Forts zu Port-au-Prince. Es wird erklärt, daß er bereit sei, Demonstrationen auswärtiger Mächte Trotz zu bieten. Wenn neue Unruhen drohen, soll eine Flotte aus der deutschen Gesandtschaft den Kreuzern „Bremen“ und „Indefatigable“ das Feld zur Landung von Mannschaften geben.

## Politische Uebersicht.

Aus Rom wird amtlich gemeldet: Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser und die Deutsche Kaiserin mit dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Victoria Luise werden am 25. d. M. 11 Uhr 35 Minuten vormittags in Venedig ankommen und auf dem Bahnhof vom König Victor Emanuel empfangen werden. Darauf findet ein Frühstück im königlichen Palais statt. Nach dem Frühstück begeben sich die deutschen Majestäten, die beabsichtigen, zwei Tage in freierem Infognito in Venedig zu bleiben, am Bord der „Hohenpollern“. Der König von Italien, der in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Tittoni am 25. d. M. früh in Venedig eintrafen wird, fährt am Abend